Freie Demokraten im Hessischen Landtag

STIRBÖCK: FINANZPLATZ BRAUCHT BESSERE RAHMENBEDINGUNGEN STATT GREENWASHING

01.06.2022

- **Frankfurt hat das Zeug zum global relevanten Finanzplatz**
- **Nicht auf ISSB-Ansiedlung ausruhen**
- **Landespolitik muss wieder für den Finanzplatz brennen**

„Statt Greenwashing zu betreiben, müssen die Rahmenbedingungen für den Finanzplatz verbessert werden“, fordert Oliver STIRBÖCK, Sprecher der Freien Demokraten im Hessischen Landtag für den Finanzplatz Frankfurt, anlässlich der heutigen Plenardebatte zum Finanzplatz. Zwar sei die Ansiedlung des International Sustainability Standards Boards (ISSB) nach zahlreichen Rückschlägen ein Erfolg für den Finanzplatz, sich darauf auszuruhen, sei jedoch falsch. „Frankfurt wirklich zum führenden Standort für Sustainable Finance auszubauen, wie es die schwarz-grüne Koalition vorschlägt, wird nicht im Schlafwagen funktionieren“, erklärt Stirböck und verweist darauf, dass Frankfurt unter den Top-20-Städten für nachhaltiges Banking und grüne Investments nicht vertreten sei, weil andere Länder wesentlich weiter seien. „Die Landesregierung will offenbar mit Greenwashing ihre gescheiterte Strategie zum Finanzplatz Frankfurt aufpimpen, nachdem sowohl die Ansiedlung von Unternehmen der Finanzbranche infolge des Brexits als auch die Ansiedlung von Fintechs längst nicht im erhofften Umfang geklappt hat.“

Stirböck ergänzt: „Das schwarz-grüne Greenwashing führt in die Irre, denn Sustainable Finance ist nur ein Beitrag, aber nicht der Heilsbringer für den Finanzplatz. Frankfurt hat das Zeug dazu, ein global relevanter Finanzplatz zu sein - nicht zuletzt aufgrund einer noch immer starken Realwirtschaft.“ Für einen wirklich starken Finanzplatz müssten dessen entscheidende Akteure sowie Bundes- und Landesregierung weiter an einem Strang ziehen, so wie sie es bei der ISSB-Ansiedlung erstmals getan hätten. Ebenso müsse die Regulierung auf der digitalen Höhe bleiben. „Das Financial Big Data Cluster

Abgerufen am 04.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=44168

reicht nicht aus“, erklärt Stirböck, der nicht zuletzt die Landesregierung in die Pflicht nimmt. „Die Landespolitik muss wieder für den Finanzplatz brennen, statt ihm wie so oft mit Desinteresse oder Gleichgültigkeit gegenüberzustehen oder ihn als notwendiges Übel zu sehen. Hessen braucht Minister, die für den Finanzplatz brennen.“

Kontakt:
Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de

Abgerufen am 04.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=44168